

BUNDESTAGSWAHL 2025: PERSPEKTIVEN AUS OSTDEUTSCHLAND

Der Blick der privaten Banken

- Deutschland hat gewählt und der Osten ist auf der Landkarte wieder (einmal) „zurück“.
- Jetzt gilt es, schnell eine stabile Regierung zu bilden. Dabei läuft es auf eine Koalition aus Union und SPD zu, was Kompromisse von beiden Seiten erfordert.
- Auch Wirtschaftsthemen müssen ganz oben auf die Tagesordnung. Notwendig ist eine Reformagenda, um wieder wettbewerbsfähig zu werden (Stichworte: Investitionsanreize, Energiekosten/-sicherheit, Unternehmenssteuern etc.). Für Ostdeutschland mit seiner kleinteiligeren Wirtschaftsstruktur ist dies von besonderer Bedeutung.
- Außerdem relevant: der Banken- und Kapitalmarkt. Hier sind bessere Rahmenbedingungen zur Mobilisierung von mehr Privatkapital u.a. für die Transformation unerlässlich.

Wahlergebnis erzwingt Neuaufstellung

Deutschland hat gewählt (*s. Grafik 1*). Jetzt geht es an die Regierungsbildung. Die Stimmenverteilung macht diese Aufgabe nicht einfach.

Das Ausscheiden der FDP sowie das knappe Scheitern des BSW an der Fünf-Prozent-Hürde ermöglicht CDU/CSU zwar eine Zweierkoalition (*s. Grafik 2 auf Seite 2*).

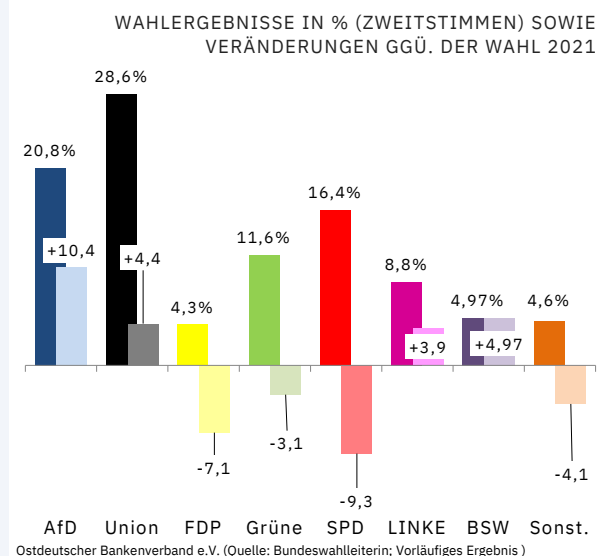
*Zweierkoalition
ist möglich*

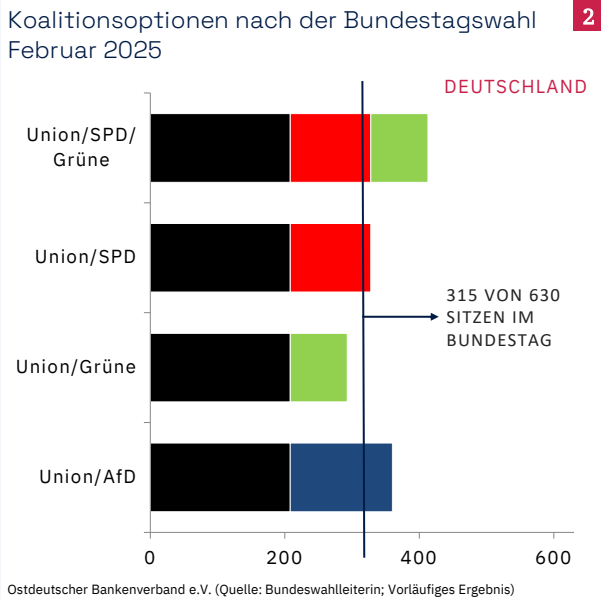
Doch die inhaltlichen Differenzen zwischen Union und SPD, dem rechnerisch möglichen und politisch von der Union gewollten Bündnis, sind enorm.

Die SPD hat zudem begonnen, sich personell neu aufzustellen. Die künftig führenden Köpfe sind allerdings unklar. Da Programm immer mit Personen verbunden ist, hängt von dieser Entwicklung auch viel für die Schnittstellen bei möglichen Koalitionsverhandlungen ab.

Die Personalfrage könnte verstärkt auch bei den Grünen gestellt werden, zumindest in Teilen. Robert Habeck hat in seinen Statements schon deutlich gemacht, die Verantwortung für das gegenüber 2021 schlechtere Abschneiden seiner Partei auch persönlich zu übernehmen. Ob man es bei den Grünen dabei bewenden lässt,

Ergebnisse der Bundestagswahl Februar 2025 1





muss abgewartet werden. Dass den Grünen die Oppositionsrolle zufallen wird, verringert den Druck in Richtung einer Neuaufstellung.

Neues Personal wird auch die LINKE prägen. Überraschend hat die Partei ein deutlich besseres Ergebnis erreicht, als prognostiziert. Mit dem daraus erwachsenden Selbstbewusstsein als „die“ linke Kraft im Parlament werden sie Diskussionen in ihrem Sinn treiben wollen.

Die FDP wird sich sicher erneuern müssen, gezwungenermaßen außerhalb des Parlaments. Inhaltlichen Einfluss wird sie schwerlich entfalten können.

Schwarz/Rot muss sich finden

Zum jetzigen Zeitpunkt lassen sich nur anhand der Wahlprogramme Treiber und Hindernisse einer Koalitionsfindung identifizieren. Die inhaltlichen Vorstellungen über das Regierungshandeln in den kom-

Positionen des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. für die Bundestagswahl

- **Bankenregulierung überprüfen, Komplexität reduzieren:** Moratorium bei der Regulierung des Finanzmarktes, ESG-Regelwerk auf Wirksamkeit und Praktikabilität prüfen etc.
- **International vergleichbare Wettbewerbsbedingungen sicherstellen:** u.a. Entwicklungen in den USA beobachten und Reaktionspläne ausarbeiten (z.B. für Basel III-Umsetzung)
- **Kapitalmarktunion ausbauen und Verbriefungsmarkt stärken:** Transaktionskosten reduzieren, deutsches Verbriefungsgesetz verabschieden etc.
- **Kreditkosten für Kunden senken:** u.a. antizyklische und sektorale Kapitalmarktpuffer aussetzen, keine weiteren makroprudenziellen Instrumente einführen
- **Private Altersvorsorge reformieren und Finanzbildung stärken:** z.B. geförderte private Altersvorsorge noch 2025 reformieren, nationale Finanzbildungsstrategie schnellstens vorlegen
- **Chancen der Digitalisierung nutzen:** Arbeiten für digitalen Euro im Wholesale-Bereich vorantreiben, zivilrechtlichen Rahmen für Kryptowerte schaffen etc.
- **Wirtschafts- und Finanzstandort steuerlich attraktiver machen:** u.a. Steuerbelastung für Unternehmensgewinne auf 25% senken, Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb von Selbstnutzer/innen abschaffen

Quelle: [Bankenverband „Impulse für Wachstum und Wohlstand“](#), Januar 2025

menden vier Jahren sind teils diametral entgegengesetzt. Während die SPD weiter auf ein Primat staatlicher Lenkung setzt, betonen CDU/CSU, dass eine Rückkehr zu einer Wertschätzung von Unternehmertum und damit verbunden größeren Freiheitsgraden für die Wirtschaft dringend erforderlich ist.

*Wirtschaft muss
Priorität haben*

Die SPD muss sich gemessen am bisherigen Kurs in der Wirtschaftspolitik deutlich bewegen, um eine gemeinsame Linie mit der Union zu finden. Wichtig wäre es, zunächst zu konstatieren, dass die Wirtschaft (neben den anderen brennenden Fragen) oberste Priorität eingeräumt bekommen muss. Eckpfeiler müssen die Befreiung von bürokratischen Lasten sowie die Technologieoffenheit bei allen Transformationsvorhaben werden. Gleichfalls gehört das Steuersystem auf den Prüfstand sowie die Energiepolitik (*Forderungen der Bankbranche zur Bundestagswahl: s. Kasten auf Seite 2*).

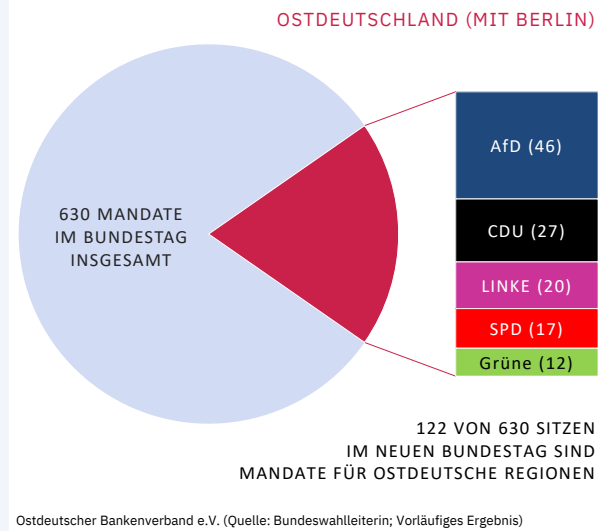
Berührungspunkte gibt es bei der Sicht auf die Investitionsschwäche. So plädiert die Union hier für Steuersenkungen und die SPD für steuerliche Anreize in Form einer mit der Steuerschuld verrechenbaren Investitionsprämie. Beides Modelle, die sich verbinden lassen.

Besonderes Augenmerk erhält bei beiden die Senkung der Energiekosten, speziell für die Wirtschaft. Absenkung oder gar Verzicht auf Netzentgelte und Stromsteuer finden sich bei Schwarz wie Rot. Letztlich bedeutet dies, Mittel an anderer Stelle aus dem Bundeshalt dafür heranzuziehen. Es sei denn, die künftige

Bei Energiekosten entlasten

Ostdeutsche Mandate nach der Bundestagswahl Februar 2025

3



Regierung unterzieht den Haushalt einer gründlichen Aufgabenkritik und verzichtet anschließend auf Ausgabenpositionen.

Dass dies in ganzer Breite geschieht, ist eher unwahrscheinlich angesichts der vielen Nebenbedingungen, die bei den Verhandlungen für eine Große Koalition bedient werden müssen. Eine Reform der Schuldenbremse scheint hier wahrscheinlicher. Die Auswirkungen auf die künftigen Steuerzahler-Generationen sowie auf das Verschieben von Ausgabenreformen müssen hier im Blick behalten werden.

*Aufgabenkritik
ist notwendig*

Schwierig wird es zudem bei der Rücknahme von Ampelgesetzen. Beispielsweise will die Union das Heizungsgesetz kassieren sowie das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Auch der Ausstieg aus der Atomenergie wird seitens CDU/CSU wieder in Frage gestellt. Alles Punkte, welche bei Koalitionsverhandlungen von Union und SPD harte Brocken darstellen dürften.

Relevanz für den Osten?

Ein rasches Umsteuern in der Wirtschaftspolitik ist gerade für die Unternehmen in Ostdeutschland von essenzieller Bedeutung. Aufgrund des Größennachteils innerhalb der Firmenlandschaft im Vergleich zum Westen und der resultierenden stärkeren Abhängigkeit von OEMs und anderen international flexibleren Kunden brauchen die Betriebe im Osten umso mehr Standortbedingungen, die ihrer Wettbewerbsfähigkeit dienen (*zur Einschätzung des Wirtschaftsstandortes Ostdeutschland und des Investitionsverhaltens s. Grafik 4 | Quelle: TrendOst 2025 unter [ostbv.de](https://www.ostbv.de)*).

Daher gilt für eine unternehmensorientierte Wirtschaftspolitik bei den ostdeutschen Firmen besonders: **Investitionen ermöglichen** weg von prohibitiv hohen Energiekosten, Steuererleichterungen gerade für Investitionsspielräume sowie grundsätzliches Vertrauen in Wettbewerb und Markt und ein freies Agieren der Betriebe.

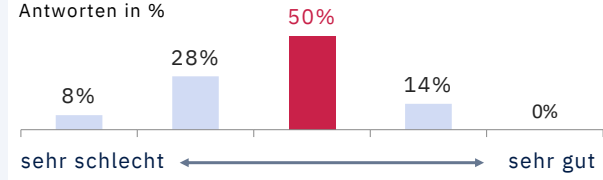
Die Wählenden im Osten haben mehrheitlich – und dies mit deutlichen Abständen – AfD gewählt (*zur Verteilung der ostdeutschen Mandate s. Grafik 3 auf Seite 3*). Ein Blick auf die Verteilung der Erststimmen eröffnet das Bild einer klaren Blau-Schwarz-Zweiteilung zwischen Ost und West.

Zu einer ehrlichen Reflexion über die Wahlergebnisse gehört auch, dass eine künftige Bundesregierung den offenen Diskurs über die Ursachen dieser klaren AfD-

Ein Blick auf den Wirtschaftsstandort Ost 4

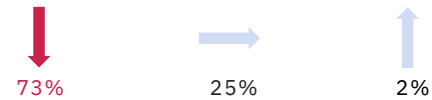
Wie bewerten Sie die Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort?

Antworten in %



Wie beurteilen Sie die Entwicklung des Investitionsverhaltens der ostdeutschen Unternehmen?

fallend gleichbleibend steigend



Ostdeutscher Bankenverband e.V. (Quelle: Eigene Umfrage über Lamapoll, November/Dezember 2024; Ergebnisse bezogen auf Antworten der Teilnehmenden [Frage 1: 116 / Frage2: 115])

Zuwendung zulassen muss. Die ostdeutschen CDU-Ministerpräsidenten haben hierauf bereits in der Vergangenheit hingewiesen. Ein Koalitionsvertrag muss echte Lösungen für diese Probleme enthalten, sollen die politischen Prozesse wieder einen stabileren Rahmen verliehen bekommen.

Offen ist zudem, wie sich das Scheitern des BSW auf die Landesregierungen in Thüringen und Brandenburg auswirken wird.

Ausblick: Die Zeit drängt

Die Herausforderungen national und international sind groß; zügige Handlungsfähigkeit nötig. Die Union hat, glaubt man Beobachtern, einen dezidierten Fahrplan für eine schnelle Regierungsbildung vorbereitet und sich Ostern als Zielzeitpunkt für den Abschluss der Koalitionsverhandlungen gesetzt. Damit bleiben acht Wochen Zeit, die es ab **jetzt** klug zu nutzen gilt.

IMPRESSUM:

Ostdeutscher Bankenverband e.V. | Lobbyregister-Nr. des Deutschen Bundestages: R000596
Hohenzollernndamm 187 | 10713 Berlin | 030/8877788-0 | info@ostbv.de | www.ostbv.de
Verantwortlich: Achim Oelgarth | Geschäftsführender Vorstand